

AKTUELLES

Dirk Kortylak löst Horst Wendland ab / Neue Büroräume in Celle bezogen

SoVD-Betreuungsverein: Hilfe beim Umgang mit Behörden



Horst Wendland (links) übergab den Vorsitz an seinen Nachfolger Dirk Kortylak.

Der SoVD-Betreuungsverein Celle hat Ende Februar eine neue Führungsspitze gewählt. Nachfolger von Horst Wendland, der nach über 17 Jahren als Vorsitzender nicht mehr zur Wahl antrat, ist Dirk Kortylak.

Der 45-jährige Rechtsanwalt aus Wunstorf arbeitet als stellvertretender Geschäftsführer beim SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. in Hannover. Neben Kortylak gehören

nun Karl-Heinz Schlieve (stellvertretender Vorsitzender), Uwe Jäckel (Schatzmeister), Marion Blazek (stellvertretende Schatzmeisterin) und Diana Brigidano-Wagner (Schriftführerin) dem Vorstand an. Der SoVD-Betreuungsverein wird ehrenamtlich geführt und unterstützt Menschen, die allein nicht mehr in der Lage sind, ihre persönlichen Angelegenheiten vollständig selbst zu regeln. Die

Betreuer nehmen die durch ein Gericht zugewiesenen Aufgaben im Sinne des Betroffenen wahr. „Seit seiner Gründung konnte Menschen aller Altersgruppen geholfen werden. Diese Aufgabe wollen wir weiter erfüllen. Dabei war den Vereinsmitgliedern vor allem die Nähe zum SoVD wichtig“, sagte Kortylak nach der einstimmigen Wahl durch die Mitgliederversammlung. Auch die Kooperation mit Niedersachsens größtem Sozialverband werde durch seine Wahl fortgesetzt. Seinem scheidenden Vorgänger dankte der neue Vorsitzende für dessen Engagement. „Ohne Horst Wendland würde es den Betreuungsverein gar nicht geben“, betonte Kortylak. Der 73-jährige Wendland nahm bewegt Abschied von seinem Amt, freute sich aber zugleich, die Arbeit in jüngere Hände geben zu können. „Ich gratuliere dem verjüngten Vorstand. Durch diese Wahl gewährleisten wir Kontinuität. Und diese Sicherheit ist vor allem für die betreuten Menschen wichtig“, sagte Wendland. Kürzlich hat der Verein, bei dem insgesamt fünf Betreuer

hauptamtlich arbeiten, neue Räumlichkeiten bezogen. Finanziert werden diese Kräfte aus der Justizkasse - nur Besserverdienende ab einem Einkommen von 2.601 Euro müssen für ihre Betreuung finanziell selbst aufkommen.

Horst Wendland, der auch den Posten des 2. Landesvorsitzenden inne hat, gründete den Betreuungsverein und kann dabei auch auf eigene Erfahrungen zurückblicken. Früh wurde seine Schwester entmündigt und in ein Heim eingewiesen. Was damals jedoch niemand wusste: Wendlands Schwester litt an einem Hörschaden. Einige Jahre später setzte sich Wendland sich dafür ein, dass sie - 35 Jahre später und nach einer Ohren-Operation wieder bemündigt wurde. Ein Anlass für den 2. Landesvorsitzenden, sich sowohl im SoVD als auch im Betreuungsverein in Celle für die Probleme sozial benachteiligter Menschen einzusetzen. Der gemeinnützige Betreuungsverein hat seinen Sitz in der Wehlstraße 29 in Celle und ist telefonisch unter 05141/4879368 und 907002 erreichbar.



AKTUELLES

Bauordnung: SoVD kämpft für mehr Barrierefreiheit

SOZIALES

SoVD im Gespräch mit Landtagsabgeordneter

KREISVERBÄNDE

Auto für SoVD-Kreisverband Hildesheim-Alfeld

Niedersachsen: Bauordnung wird überarbeitet

Mehr Barrierefreiheit nötig

Die niedersächsische Landesregierung plant eine Neufassung der Bauordnung. Das Ziel: Das Baurecht soll vereinfacht werden, das Bauen soll simpler, schneller und kostengünstiger sein. Die Barrierefreiheit wurde bei dem Gesetzentwurf allerdings aus Sicht des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. nicht ausreichend berücksichtigt.

„Grundsätzlich begrüßen wir den Gesetzentwurf und auch die Tatsache, dass dem Entwurf zufolge jede achte Wohnung eines Gebäudes rollstuhlgerecht sein muss. Allerdings sind unserer Auffassung nach einige Ergänzungen dringend notwendig, um gerade vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention Barrieren und Hindernisse abzubauen“, machte der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer im Rahmen der Schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung deutlich. So fehle etwa ein Hinweis, dass am Anfang und am Ende einer Treppe zur Orientierung für Sehbehinderte und blinde Menschen eine Markierung notwendig ist.

Betroffene ausgegrenzt

„Außerdem ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Büro- und Verwaltungsgebäude noch immer nur dann barrierefrei sein müssen, wenn sie für den Publikumsverkehr bestimmt sind. Dabei wird offenbar übersehen, dass in die-

sen Gebäuden auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen arbeiten. Die Beschränkung auf den Publikumsverkehr grenzt dort arbeitende Menschen mit Behinderungen von vornherein aus“, ergänzt Bauer.

Mehr barrierefreie Zimmer

Der Landesverband kritisiert in seiner Stellungnahme aber auch, dass weder Hotels noch Pensionen in Niedersachsen zur Barrierefreiheit verpflichtet sind. „Viele Hotels verfügen noch immer noch nicht über barrierefreie Zimmer oder halten lediglich ein behindertengerechtes Zimmer bereit. Dadurch kommt es vor, dass dort nicht mehr als ein oder zwei Menschen mit einer Behinderung gleichzeitig in demselben Hotel übernachten können. Deshalb halten wir eine gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von barrierefreien Gästezimmern für dringend notwendig. Damit kämen wir wenigstens bei den Neubauten einen Schritt voran“, fordert der Landesvorsitzende weiter. In diesem Zusammenhang sollte eine entsprechende Untergrenze in das neue Gesetz aufgenommen werden - so sollten etwa in Hotels ab 20 Zimmern mindestens zehn Prozent barrierefrei sein. In Häusern mit weniger als 20 Gästezimmern müsste die Anzahl nach der Ansicht des SoVD in Niedersachsen bei mindestens zwei Zimmern liegen.

Ländlicher Raum ist besonders betroffen

Pflegebedürftige zahlen Zeche

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. verurteilt die Millionen-Kürzungen der Landesregierung zu Lasten der Betroffenen bei der Kurzzeitpflege.

„Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen bekommen diese grausamen Streichungen nun massiv zu spüren“, berichtet der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. Das Sozialministerium hatte für das laufende Jahr Zuschüsse in Höhe von sechs Millionen Euro für Kurzzeitpflegeplätze gestrichen, die zu Dauerpflegeeinrichtungen gehören. Aktuell gibt es die Förderung nur noch, wenn die Kurzzeitpflege in Einrichtungen stattfindet, die keinerlei Dauerpflege anbieten. „Diese Einschränkung ist doppelt ungerecht. Dadurch steigen für die meisten Pflegebedürftigen und ihre pflegenden Angehörigen die Kosten für die Kurz-

zeitpflege, so dass sie diese dringend notwendige Entlastung kaum noch finanzieren können. Außerdem gibt es gerade auf dem Land viel zu wenige reine Kurzzeitpflegeeinrichtungen, wodurch Betroffene schlicht keine Ausweismöglichkeit haben“, bemängelt Bauer. Kurzzeitpflege kann innerhalb eines Jahres für bis zu vier Wochen in Anspruch genommen werden. Die pflegebedürftige Person wird dabei in einer stationären Einrichtung oder einer Pflegewohnung untergebracht, damit den pflegenden Angehörigen zum Beispiel Kuren oder Urlaube möglich sind. „Der Grundsatz ambulant vor stationär darf nicht ausgehebelt werden. Darum muss das Land den Investitionskostenzuschuss wieder für alle Kurzzeitpflegeplätze gewähren“, fordert der SoVD-Landesvorsitzende.



Die Kurzzeitpflege als Entlastung der Angehörigen wird für viele Betroffene teurer.



Adolf Bauer

Liebe SoVD-Mitglieder,

Niedersachsens Landesregierung mutet uns seit einigen Jahren immer wieder soziale Grausamkeiten zu. Wenn wir uns allerdings öffentlich gegen die schlimmsten Auswüchse wehren - wie beim damals fehlenden Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung, lassen sich oft Korrekturen erwirken.

Aktuell spüren gerade viele Menschen die Millionen-Kürzungen in der Kurzzeitpflege. Wenn nämlich pflegende Angehörige, die durch ihre Tätigkeit enorm belastet werden, in den verdienten Urlaub gehen wollen, erleben sie derzeit böse Überraschungen: Sie müssen einige hundert Euro pro Jahr für ihren pflegebedürftigen Angehörigen mehr bezahlen.

Unsere Antwort darauf ist ebenso kurz wie klar: Das ist ungerecht, unmoralisch und muss schleunigst geändert werden!

Ihr Adolf Bauer